

Kleines Europa-Lexikon

Geschichte - Politik - Recht

Bearbeitet von
Hans Jörg Schrötter

2. Auflage 2016. Buch. XX, 603 S. Kartoniert

ISBN 978 3 406 68070 0

Format (B x L): 12,4 x 19,1 cm

[Recht > Europarecht , Internationales Recht, Recht des Auslands > Europarecht](#)

Zu [Inhalts-](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' is written in a smaller, red, all-caps sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

► Euro

Seit dem 1. Januar 1999 ist die → *Europäische Wirtschafts- und Währungsunion* (WWU) in Kraft. Damit war der Euro in zunächst elf Mitgliedstaaten der → *Europäischen Union* als gültige Zahlungseinheit eingeführt. Seit dem 1. Januar 2002 ist er als Zahlungsmittel in Geldscheinen und Münzen im Umlauf, seit dem 1. März 2002 als alleiniges Zahlungsmittel. 100 Cent entsprechen einem Euro.

Sämtliche auf DM lautende Bank- und Sparkonten wurden automatisch auf Euro umgestellt. Der Umtausch von DM in Euro bleibt bei der Deutschen Bundesbank zeitlich unbefristet möglich.

Alle Beträge wurden nach einem amtlichen Wechselkurs umgerechnet, der für alle Mitgliedstaaten der Währungsunion verbindlich festgelegt ist. In Deutschland entspricht 1 Euro = 1,95583 DM.

Neben Deutschland gehören zum → „Euro-Raum“ Belgien, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien, Ungarn sowie seit 1. Januar 2001 Griechenland, seit 1. Januar 2007 Slowenien, seit 1. Januar 2008 Malta und Zypern – allerdings nicht der türkisch besetzte Nordteil der Insel – sowie seit 1. Januar 2009 die Slowakei. Am 1. Januar 2011 folgte Estland, am 1. Januar 2014 Lettland und am 1. Januar 2015 Litauen. Die übrigen Staaten der Europäischen Union sind der Währungsunion bisher nicht beigetreten.

Die im Euro-Verbund vereinigten 19 Staaten weisen mit rund **350 Millionen** Menschen eine höhere Bevölkerung auf als die USA (318,8 Millionen) oder Japan (127 Millionen).

Was mitunter übersehen wird: über diese 19 EU-Länder hinaus haben sechs weitere Staaten den Euro als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt, nämlich Andorra, Kosovo, Monaco, Montenegro, San Marino und Vatikanstadt. Diese Länder gehören der WWU nicht an; sie sind sozusagen „passive“ Euronutzer. Schließlich haben sich verschiedene Länder außerhalb Europas, die währungspolitisch eng mit Frankreich verhandelt waren, an den Euro gebunden und nutzen ihn als Zahlungsmittel.

► Eurobonds

Es gibt sie nicht – noch nicht. Aber Stoff für kontroverse Diskussionen liefern sie reichlich: die Eurobonds.

Bei dieser Art Anleihe würden die Mitgliedstaaten der → *Europäischen Union (EU)* gemeinsam Schulden am Kapitalmarkt aufnehmen, diese aufgenommenen Mittel unter sich aufteilen und gesamtschuldnerisch für die Rückzahlung und die Zinsen dieser Schulden haften.

I. Hintergrund

Alle Staaten des → „Euro-Raumes“ nehmen in mehr oder minder regelmäßigen Abständen Geld am Kapitalmarkt auf, um Investitionen zu finanzieren. Dafür platziert jedes Land bislang eigenständig am Rentenmarkt – auch Anleihen- oder Bondmarkt genannt – Anleihen unterschiedlicher Laufzeit. Bei Fälligkeit muss es seine Darlehen zurückzahlen – jedes Land die seinen.

Am Kapitalmarkt gilt dabei folgendes Gesetz: Je größer das Risiko, dass ein Staat seine Schulden nicht zurückzahlen kann, desto höher die Zinsen, die die Investoren verlangen. Deutschland kann sich daher relativ günstig verschulden, Griechenland dagegen nur gegen hohe Zinsen. Mit anderen Worten: Wer in finanziellen Schwierigkeiten ist, für den ist es sehr teuer, sich Geld zu beschaffen – was die finanzielle Situation weiter verschärfen kann.

Den Anstoß für die Diskussionen um eine Einführung von Eurobonds gab die → *Staatsschuldenkrise* in den Euro-Ländern. Sie beförderte die lange unter dem Deckmantel der gemeinsamen Währung von außen kaum wahrgenommene prekäre Haushaltslage verschiedener Eurostaaten schlagartig ans Tageslicht. Plötzlich sah man die Bonität einiger Länder nicht mehr durch den rosaroten Film der Währungsunion mit der Folge, dass diese sich gleichsam über Nacht wieder zu deutlich höheren Zinsen refinanzieren mussten.

Aus der Sicht solcher Länder ist es keineswegs abwegig, nun laut und vernehmlich über Eurobonds nachzudenken. Mit der Herausgabe von gemeinsamen Staatsanleihen der Euro-Länder müssten bonitätsschwache Länder geringere Zinsen am Kapitalmarkt zahlen.

Kurz gesagt: Eurobonds sollen hoch verschuldeten EU-Staaten wieder auf die Beine helfen

Umstritten ist jedoch, ob die Einführung von Eurobonds als – wohl-gemerkt – zusätzliches Instrument der Staatsverschuldung tatsächlich die Schuldenkrise lösen oder sie eher verstärken würde.

II. Pro und contra

Gegenwärtig gibt es weder eine einheitliche Meinung, wie EU-An-leihen praktisch ausgestaltet sein könnten, noch eine Beschlusslage, ob sie zukünftig überhaupt eingeführt werden sollen.

Grundsätzlich muss jeder Euro-Staat für die selbst zu verantworten-den Schulden haften. Es gilt die sogenannte → *Nichtbeistandsklausel* (No-Bailout-Klausel) des EU-Vertrages, nach der jeder Staat die von ihm jeweils gemachten Schulden selbst zu tragen und zu verantwor-ten hat. Eurobonds würden hingegen die gesamtschuldnerische Haftung aller Euro-Länder für die Schulden und Zinszahlungen be-deuten und damit dem EU-Vertrag widersprechen. Zudem ist frag-lich, ob die Eurobonds bonitätsschwache Länder tatsächlich dazu verleiten können, solide Haushalte vorzulegen und die Verschul-dung abzubauen. Eurobonds packen daher gerade nicht das Grund-übel an der Wurzel. Im Gegenteil: Sie erleichtern das Schulden-machen und setzen daher an der falschen Stelle an.

Am 26. Juni 2012 lehnte Bundeskanzlerin Angela Merkel die Ein-führung von Eurobonds in einer Stellungnahme vor dem Deutschen Bundestag denn auch energisch ab. In ihrem Koalitionsvertrag für die 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestages haben die Parteien CDU, SPD und CSU vereinbart, Eurobonds **nicht** einzuführen.

Am 3. September 2014 zitierte DIE ZEIT ein Plädoyer des Chefs der Commerzbank, *Martin Blessing*, der im Gegenteil in Eurobonds ein Rezept für einen stabileren Euro und eine wettbewerbsfähigere Euro-zone sieht. Ihm geht es um die Frage, wie unsere gemeinsame Wäh-rung nachhaltig gestärkt und seine Geburtsfehler behoben werden können. So könnten gemeinsamen Anleihen die wachsende gegen-seitige Abhängigkeit zwischen einzelnen Staaten und den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen Banken wieder reduzieren. Dadurch wür-den die Kosten und Gefahren einer nationalen Finanzkrise geringer.

Eurobonds würden zudem die enormen finanzpolitischen Unterschiede zwischen den Ländern der Eurozone verringern. Die Geld- und Wirtschaftspolitik der Eurozone könnte auf diese Weise, so Blessing, symmetrischer und wirksamer werden. Die → *Europäische Zentralbank (EZB)* könnte ihre Geldpolitik besser auf die gesamte Eurozone ausrichten und es bestünde die Hoffnung, dass Eurobonds die Ansteckungseffekte zwischen Ländern der Eurozone reduzieren könnten. Last not least würde die Attraktivität des Euro als globale Reservewährung durch einen einheitlichen Markt für Staatsschulden gestärkt. Die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen in der Eurozone würden so verbessert.

III. Fazit

Insgesamt wäre es zum gegenwärtigen Zeitpunkt vermutlich ein Fehler, Eurobonds einzuführen. Sie brächten die gewünschten Vorteile nur dann, wenn sie mit einer institutionellen Neuordnung der Eurozone einhergingen. Vor allem müssten die Mitgliedstaaten bereit sein, mehr finanzpolitische Souveränität nach Brüssel abzugeben. Doch diese Bereitschaft ist derzeit sehr gering.

Das wahrscheinliche Resultat einer Einführung von Eurobonds, beispielsweise in Höhe von 25 Prozent der Wirtschaftsleistung jedes Landes, wäre zunächst wohl nur ein weiterer Anstieg der nationalen Staatsverschuldung. Das würde den Krisenländern der Eurozone vielleicht kurzfristig helfen, langfristig wäre es wohl eher kontraproduktiv.

Das Gebot der Stunde wären deshalb zunächst einmal institutionelle Reformen. Eines der wichtigsten Probleme für die Nachhaltigkeit des Euro ist, dass die Mitgliedstaaten immer noch so gut wie allein über ihre Finanzpolitik entscheiden: Sie sind der Souverän.

Einzelne Mitgliedsländer mögen mit ihrer Finanzpolitik gute Intentionen verfolgen, doch das alleine reicht nicht aus. Was zählt ist die Glaubwürdigkeit der Finanzpolitik bei den Marktteilnehmern. Solange Souveränität und Haftung sich nicht auf den gleichen Ebenen befinden, dürften Eurobonds eher riskant sein.

► Eurocontrol

Eurocontrol – der genaue Name lautet **European Organisation for the Safety of Air Navigation** – ist die europäische Organisation für Flugsicherung. Gegründet wurde Eurocontrol 1960 durch das internationale Übereinkommen über die Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt. Mitgliedstaaten sind die → *Benelux-Staaten*, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Irland.

Aufgabe von Eurocontrol ist in erster Linie die Lenkung und Überwachung des Luftverkehrs in Höhenbereichen über 7.500 Metern, also im oberen Luftraum der Mitgliedstaaten, sowie außerhalb von Hoheitsgebieten. Die Hoheitsgewalt für ihren Luftraum haben die Mitgliedstaaten insoweit auf Eurocontrol übertragen.

Hauptziel von Eurocontrol ist der Aufbau eines nahtlosen paneuropäischen Flugsicherungssystems. Dies ist notwendig, um die Herausforderungen der erwartet anhaltenden Verkehrssteigerungen bei gleich bleibend hohem Sicherheitsniveau zu begegnen. Gleichzeitig will das System Kostensenkungen und eine maximale Umweltverträglichkeit erreichen.

Eurocontrol betreibt zudem weitere für den Luftverkehr wichtige Einrichtungen an sieben europäischen Standorten. Dazu gehören z. B. die Verkehrsflusssteuerungszentrale (Central Flow Management Unit), die alle europäischen Flüge koordiniert, oder das Maasricht Upper Area Control Centre, das für die Überwachung des oberen Luftraums der Benelux-Länder sowie von Nordwest-Deutschland verantwortlich ist.

► Euro-Gruppe

Namen wie „Euro-Gruppe“ – oder so richtig chic auf „neudeutsch“: „Euro-Group“ – bezeichnen das bisher informelle, aber einflussreiche Gremium, dem die Finanzminister derjenigen Mitgliedstaaten der → *Europäischen Union* angehören, die den → *Euro* als Zahlungseinheit eingeführt haben (→ „Euro-Raum“). Dies sind neben Deutschland die weiteren EU-Staaten Belgien, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien, Griechenland, seit 1. Januar 2007 Slowenien, seit 1. Januar

2008 Malta und Zypern, seit 1. Januar 2009 die Slowakei, seit 1. Januar 2011 Estland, seit 1. Januar 2014 Lettland und seit 1. Januar 2015 schließlich Litauen.

Die Euro-Gruppe trifft sich in der Regel monatlich in vertraulichem Rahmen im Vorfeld der formellen Treffen des Rates der 27 EU-Finanzminister (→ *ECOFIN-Rat*, → *Rat der Europäischen Union*). Vertreten sind in der Gruppe neben den Finanzministern und ihren Stellvertretern auch die → *Europäische Kommission* und die → *Europäische Zentralbank* (EZB).

Im September 2004 hat die Gruppe zum einen beschlossen, einen längerfristigen Vorsitz einzurichten, und zum anderen, den luxemburgischen Premierminister und Finanzminister *Jean-Claude Juncker* ab dem 1. Januar 2005 auf zwei Jahre zum ersten Amtsinhaber, sozusagen zum „Mr. Euro“ zu küren. Bis dahin rotierte der Vorsitz alle sechs Monate. Im Januar 2013 wurde der Niederländer *Jeroen Dijsselbloem* Nachfolger *Junckers* als Chef der Euro-Gruppe. Der längere Vorsitz soll die Koordination stärken. Vor allem soll er der Euro-Gruppe ein wirtschaftspolitisches Gesicht nach außen geben und sie auf internationaler Bühne vertreten, etwa auf internationalen Finanztreffen wie dem G7-Gipfel.

► Eurojust

Die **Einheit für justizielle Zusammenarbeit der Europäischen Union** (Eurojust) ist eine relativ junge Einrichtung. Gegründet wurde sie 2002 auf Grund eines Beschlusses des → *Rates der EU*, um die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten der → *Europäischen Union* bei der Verfolgung schwerer grenzüberschreitender und organisierter Kriminalität zu unterstützen. Eurojust wird auf Antrag tätig und:

- koordiniert die Ermittlungen von Strafverfolgungsbehörden unterschiedlicher Mitgliedstaaten,
- fördert deren Zusammenarbeit bei der Rechtshilfe und
- unterstützt die nationalen Behörden darin, ihre grenzübergreifende Strafverfolgung effektiver zu gestalten.

Innerhalb des europäischen Rechtsraums nimmt Eurojust als neue ständige Einrichtung eine besondere Stellung ein, wenn es darum geht, die europaweite Zusammenarbeit bei strafrechtlichen Fällen zu entwickeln und zu fördern. Eurojust ist somit ein wichtiger Gesprächspartner für die Europäischen Institutionen wie das → *Europäische Parlament*, der → *Rat der Europäischen Union* oder die → *Europäische Kommission*.

Das **Kollegium** von Eurojust besteht aus 28 Mitgliedern; jedes Land der EU entsendet ein *nationales* Mitglied. Diese Mitglieder sind erfahrene leitende Staatsanwälte oder Richter; einige nationale Mitglieder werden von Stellvertretern und Assistenten unterstützt. Das **Kollegium** wird von einem Verwaltungsteam unter Leitung eines **Verwaltungsdirektors** unterstützt. Die Experten von Eurojust gewährleisten ein exzellentes Fachwissen über die Rechtssysteme ihres Landes. Sie können zudem rasch in einen direkten Kontakt zu den nationalen Behörden treten und auf Hilfersuchen schnell reagieren.

Im März 2002 nahm Eurojust die Arbeit auf. Seit Dezember 2002 ist Eurojust in Den Haag angesiedelt. Am 9. Juni 2004 unterzeichneten Eurojust und die europäische Polizeibehörde → *Europol*, die ihren Sitz ebenfalls in Den Haag hat, eine Vereinbarung über eine enge Zusammenarbeit.

Ausblick: Die Europäische Union ist stolz auf ihren immer wieder – zuletzt in der Präambel des → *Lissabon-Vertrags* – visionär vorgetragenen Anspruch, ihren Bürgerinnen und Bürgern einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen bieten zu können. Ebenso grenzüberschreitend aber entwickelt sich das organisierte Verbrechen, etwa der illegale Handel mit Menschen, mit Drogen oder Waffen. Mit der wachsenden Bedrohung für Sicherheit und Wohlstand wächst auch der Druck auf die Strafverfolgungsbehörden, die zunehmend auf internationalen Informationsaustausch angewiesen sind. Hier setzt Eurojust an. Die Mitglieder können sich unmittelbar untereinander konsultieren und den einzelnen EU-Staaten in grenzüberschreitenden Verfahren sofortige rechtliche Beratung, Hilfe und Orientierung bieten. Freiheit und Freizügigkeit haben ihren Preis.

Anschrift: Maanweg 174, NL – 2516 AB Den Haag, Niederlande, Tel.: (31–70) 412 50 00, Fax: (31–709) 412 55 55

Internetseite: <http://www.eurojust.europa.eu>

► Eurokorps

Das europäische Korps (Eurokorps) ist eine seit dem 30. November 1995 einsatzbereite Eingreiftruppe, die sich aus Truppen Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Luxemburgs und Spaniens zusammensetzt. Zu Ausbildungszwecken nimmt auch das polnische Heer in Brigadestärke am Eurokorps teil und wird 2016 die sechste Rahmennation werden.

I. Zuordnung zu WEU und NATO

Seit 2002 steht das Eurokorps als „schnelles Reaktionskorps“ auch für Aufträge und Einsätze im Rahmen der → NATO zur Verfügung, steht aber außerhalb der integrierten Kommandostruktur der Allianz. Als Instrument eigenständiger westeuropäischer Sicherheitspolitik im Rahmen der → Europäischen Union ist es in besonderer Weise europäisch ausgerichtet, zugleich aber eingebunden in die transatlantische Verteidigungs- und Wertegemeinschaft. Kurzum: das Eurokorps ist der → Westeuropäischen Union (WEU) ebenso wie der NATO gleichgewichtig zugeordnet.

II. Struktur

Der multinationale Korpsstab in Straßburg führt heute fünf hochmoderne, kampfstärke Großverbände mit zusammen etwa 60.000 Soldaten. Um einer gleichberechtigten Integration Rechnung zu tragen, wechseln sechs Schlüsselfunktionen im Stab zwischen den beteiligten Nationen.

Das Eurokorps ist als gemeinsames Instrument der Regierungen aller beteiligten Nationen konzipiert. Im Frieden verbleiben die Verbände des Eurokorps unter nationalem Kommando. Die gemeinsame Entscheidung über einen Einsatz des Korps, bei der die Zielsetzungen der Europäischen Union zu berücksichtigen sind, bleibt ebenfalls in der Verantwortung der jeweiligen Regierungen.